Freie Demokraten im Hessischen Landtag

ATOMENDLAGERSUCHE

10.04.2013

„Wir begrüßen die heutige Einigung des Bundes und der Länder zur Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission aus Parteien, Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen, um ein Endlager für atomare Abfälle zu suchen. Die Enquete-Kommission wird bis Ende 2015 konkrete Vorschläge für das weitere Vorgehen machen, die für größtmögliche Akzeptanz in der gesamten Bundesrepublik sorgen sollen. Damit gibt es endlich einen Kompromiss in der fast endlosen Geschichte der Endlagersuche und der ihr zu Grunde liegenden Kriterien. Wichtig ist auch, dass die Suche ergebnisoffen erfolgt und damit am Ende der sicherste und umweltverträglichste Standort gefunden werden kann. Dabei sollte in jedem Fall sichergestellt werden, dass bei dem zukünftigen Endlager bei neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Entwicklungen, etwa auf dem Gebiet der Separations- und Transmutationstechnologie, die jederzeitige Rückholbarkeit des radioaktiven Materials gewährleistet ist“, so Frank SÜRMANN, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

Sürmann weiter:

„Zur Zwischenlagerung radioaktiver Reststoffe für die Zeit, bis ein Endlager spätestens im Jahr 2031 tatsächlich gefunden und bis 2040 in Dienst gestellt ist, hat RWE für Hessen am Standort Biblis den Antrag auf Genehmigung eines zweiten Zwischenlagers gestellt und damit bereits alle Vorkehrungen zur Gewährleistung entsprechender Lagerkapazitäten getroffen. Diese sind notwendig, um die verbleibenden Brennstäbe aus dem Nachbetrieb sowie die radioaktiven Rückbaukomponenten ab 2015 sicher vor Ort zu lagern. Aus der nunmehr getroffenen Zusage des Bundes, dass keine weiteren Castor-Transporte nach Gorleben erfolgen sollen und der Tatsache, dass insgesamt 26 Castoren bis 2016 aus ausländischen Wiederaufbereitungsanlagen nach Deutschland zurückgeführt werden, darf jedoch nicht folgen, dass diese nun nach Biblis zur Zwischenlagerung verbracht werden. Es wäre alles andere als sinnvoll, die Castoren aus

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=4128

Sellafield und La Hague quer durch die Republik zu bringen. Zur Minimierung des finanziellen, personellen und logistischen Aufwandes, aber auch des Transportwegerisikos, beispielsweise durch das unverantwortliche „Schottern“ des Gleisbetts, sollte jeweils der kürzeste Weg zum nächstgelegenen deutschen Kraftwerksstandort genommen werden. Wir begrüßen es daher, dass sowohl Schleswig-Holstein als auch Baden-Württemberg als betroffene Bundesländer grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme dieser Altlasten erklärt haben.“

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=4128